

**newsletter 77 / 28. 01. 2005**

**ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG**

Von der Buergerwelle:

13.01.2005

**Kinder-Handy in Großbritannien vom Markt genommen: Gesundheitsgefährdung durch Mobiltelefone für Kinder befürchtet**

In Großbritannien wurde das Handy MyMo alias HiPhone vom Markt genommen, das speziell auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnitten ist. Das britische Magazin The Register nennt als Grund eine kurze Zeit zuvor bekannt gewordene Studie über die Gesundheitsgefährdung von Kindern, die durch Mobiltelefone verursacht wird. Nach einem Bericht von The Register hat der britische Distributor Communic8 eine im Auftrag der britischen Regierung vorgenommene Untersuchung zum Anlass genommen, das MyMo-Handy vom Markt zu nehmen. Die Studie des britischen National Radiological Protection Board (NRPB) wies auf eine Gesundheitsgefährdung durch Handys hin, was in stärkerem Maße für Kinder gilt.

Die Studie kommt zwar zu keinem schlüssigen Ergebnis bezüglich einer eindeutig belegbaren gesundheitlichen Gefährdung durch Mobiltelefone, aber dennoch sah sich Communic8 dazu veranlasst, das Mobiltelefon für Kinder mit sofortiger Wirkung vom britischen Markt zu nehmen. (ip)  
<http://www.golem.de/0501/35645.html>

und/oder

**Experten sehen Kinder durch Handystrahlung gefährdet Risiko für Altersgruppe unter acht Jahren am größten**

London (pte, 12. Jan 2005 14:30) - Britische Experten haben eine Warnung für Eltern veröffentlicht, nachdem neuere Studien nahe legten, dass die Strahlung von Handys doch gesundheitsgefährlich sein kann. Am meisten gefährdet sollen laut dem National Radiological Protection Board (NRPB) <http://www.nrpb.org> jüngere Kinder sein. Die Studie gibt zu, dass es keine Beweise für die Schädlichkeit der Strahlung gibt, warnt aber gleichzeitig davor, dass die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann.

Die NRPB-Studie wiederholt Bedenken, die zuerst im Jahr 2000 durch eine einflussreiche Studie der Independent Expert Group on Mobile Phones <http://www.iegmp.org.uk/report/index.htm> geäußert worden waren. Die aktuelle Studie ergänzt diese Erkenntnisse um die in der Zwischenzeit veröffentlichten Forschungsergebnisse. Dazu gehört eine im Dezember 2004 veröffentlichte Untersuchung, die davon ausgeht, dass die Strahlung die DNA schädigen kann. Eine schwedische Studie aus dem April 2004 zeigte einen Zusammenhang zwischen der Handynutzung und Nerventumoren im Bereich des Gehörs. Eine Holländische Untersuchung aus dem Oktober 2003 konzentrierte sich auf Handys und Einschränkungen in der Hirnfunktion. Das NRPB betont jedoch, dass diese Forschungsergebnisse erst von anderen Stellen bestätigt werden müssen, bevor eine Schlussfolgerung gezogen werden kann.

Der Wissenschaftler Zenon Sienkiewicz erklärte gegenüber NewScientist, dass zusätzliche Faktoren wie die stärkere Anfälligkeit mancher Menschen zu berücksichtigen seien. "Wir sagen in unsere Studie

nur, dass die Aufmerksamkeit hinsichtlich möglicher Gefahren nicht nachlassen sollte." William Stewart von der Independent Expert Group on Mobile Phones erklärte, dass Eltern Kindern unter acht Jahren keine Handys geben sollten, da eine besondere Strahlungsempfindlichkeit bestehen könne. Die geringere Größe ihrer Köpfe ermöglicht, dass ein größerer Teil des Gehirns mit der Strahlung in Kontakt kommt. Zusätzlich ist das Nervensystem in diesem Alter noch nicht voll entwickelt. "Sollte es Risiken geben, wovon wir ausgehen, werden Kinder am meisten betroffen sein. Je kleiner die Kinder, desto größer wird auch die Gefährdung sein." (Ende)

Aussender: presstext.austria Redakteur: Michaela Monschein email: [monschein@presstext.com](mailto:monschein@presstext.com) © Presstext <http://www.presstext.at/pte.mc?pte=050112036>

\*\*\*

### **Schlaf und Elektromog: Landesweite Studie beginnt: Zusammenhängen von Schlafstörungen und Elektromog geht ein Forschungsprojekt der Technischen Universität Graz nach.**

Nach der Pilotphase wird die Studie nun auf ganz Österreich ausgedehnt." Damit ist es nun Betroffenen möglich, ihre Schlafstörungen kostenlos und eingehend untersuchen zu lassen", sagte der Grazer Elektromog-Forscher Norbert Leitgeb im Gespräch mit der APA.

Schlafstörungen sind nicht selten - mit dem Aufkommen der Mobiltelefonie werden dafür immer wieder auch die elektromagnetischen Felder von

Mobilfunksendemasten verantwortlich gemacht. Das Lebens- und das Wirtschaftsministerium fördern nun eine Untersuchung des Instituts für Krankenhaustechnik der TU Graz, die klären soll, ob Elektromog bei diesen Störungen eine Rolle spielt. Dazu kommen die Forscher direkt in die Schlafzimmer der Betroffenen. Feldstärken ändern sich ständig

Bisherige Studien über mögliche Folgen elektromagnetischer Strahlung seien immer wieder in Schlaflabors mit Simulation der Feldexposition

gemacht worden. In der Realität können sich die Feldstärken jedoch permanent ändern, simulierte Expositionen seien daher auch nur bedingt aussagekräftig, erklärte der biomedizinische Techniker und Studienleiter Leitgeb. Daher will man die physiologischen Messungen in den Wohnungen selbst

vornehmen. "Durch die Förderung ist es möglich, dass Betroffene österreichweit kostenlos untersucht werden können", so Leitgeb. 25 Probanden werden gesucht.

"Wir wollen über längere Zeit die Elektromog-Verhältnisse vor Ort und insbesondere den Anteil des Mobilfunks im Vergleich zu anderen Verursachern zu untersuchen", erläutert Leitgeb. Dazu wird der Schlaf der Probanden, die in der Nähe von Mobilfunksendemasten wohnen sollen, zwölf Nächte lang beobachtet: Ihre Hirnströme werden per Elektroenzephalogramm (EEG) überwacht, die Augenbewegungen mit einem Elektro-Okulogramm festgehalten. Parallel dazu wird die Herzrhythmuserhöhung erhoben. Am Morgen werden durch das Anlegen zweier Elektroden, die leichte Stromimpulse abgeben, die "Elektroempfindlichkeit" der Probanden gemessen und Reaktionstests durchgeführt, schilderte Leitgeb.

Die Untersuchungen finden unter permanenter Messung des elektromagnetischen Feldes der Wohnungen statt. In drei der zwölf Testnächte schlafen die Probanden mit einer Elektromogabschirmung. So will man erheben, wie sich Veränderungen der elektromagnetischen Feldstärke auf die Schlafgüte und Erholungseffekt der Probanden auswirken. [science.ORF.at, 13.1.05]

<http://de.wikipedia.org/wiki/Elektromog> <http://science.orf.at/science/news/131805> \*

siehe auch weiter unten unter BUNDESTAG

=====

## **INFOS von Organisationen**

Von PAN Germany 20. Januar 2005

### **Neues PAN Germany Fact Sheet „Vergiftungen durch Pestizide“ jetzt erhältlich.**

Die Relevanz dieses Themas ist kaum bestreitbar. Weltweit kommt es jedes Jahr zu Millionen Fällen von Pestizidvergiftungen. Circa 70 %

aller Vergiftungen erleiden hierbei Menschen in Entwicklungsländern, obwohl ‚nur‘ 20 % aller weltweit produzierten Pestizide dort verbraucht werden. Drastischer noch: 99 % aller tödlichen Vergiftungsfälle entfallen nach Schätzungen auf Menschen in Entwicklungsländern.

Direkt zu unserem Fact Sheet „Vergiftungen durch Pestizide“ kommen Sie durch folgenden Link:

<http://www.pan-germany.org/download/fs-vergiftungen.pdf>

Weitere Fact Sheets von PAN Germany gibt es - in englisch - zu den Themen „Paraquat“ (unter <http://www.pan-germany.org/info/wirkstoffe.htm>) und „Pestizideinsatz in Mittel- und Osteuropa“ (unter <http://www.pan-germany.org/info/osteuropa.htm>).

\*

Presse-Information Hamburg, 14.1.2005

### **Bundesregierung verschenkt Chance bei Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes:**

#### **Offener Brief an Ministerin Künast**

Bei der aktuellen Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes berücksichtigt die Bundesregierung lediglich industriefreundliche Änderungen. PAN Germany und Brot für die Welt fordern seit langem, diese Novelle zur Schaffung von Transparenz bei Pestizidexporten zu nutzen.

In einem offenen Brief fordert PAN Germany Verbraucherministerin Renate Künast dazu auf, die Chance zur Verbesserung der Gesetzeslage nicht verstreichen zu lassen, sich bei der aktuellen Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes für Änderungen im Sinne eines gläsernen Pestizidexportes einzusetzen und damit zu einer Verbesserung im Anwender- und Verbraucherschutz beizutragen. Der Brief wird unterstützt von BUKO Agrar Koordination, BUND, Greenpeace, NABU und VUA.

Bisherige Initiativen zur Verbesserung der rechtlichen Grundlagen im Pflanzenschutzgesetz, wie auch von Schleswig-Holstein im Bundesrat angeregt, wurden vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) nicht unterstützt, sondern negativ kommentiert. Dies obwohl von BMVEL-Seite gegenüber PAN Germany stets die Wichtigkeit der Forderungen nach Transparenz bei Pestizidexporten betont wurde.

"Es kann nicht angehen, dass das zuständige Bundesministerium bei solch einer wichtigen Angelegenheit und Chance gar nicht erst versucht, Änderungen in Bezug auf Transparenz bei Pestizidexporten in die Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes einzubringen" so Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany.

PAN Germany und Brot für die Welt fordern seit langem die Erweiterung der Meldepflicht bei Pestizidexporten und die detaillierte Veröffentlichung der gemeldeten Daten. Die deutsche Pestizidindustrie zählt weltweit zu den Spitzenexporteuren und trägt somit zu den oft verheerenden Umwelt- und Gesundheitsschäden bei, die insbesondere bei der Anwendung von Pestiziden unter Armutsbedingungen in Entwicklungsländern auftreten.

Anlage: Offener Brief an Ministerin Künast und Presse-Information

Weitere Informationen: Simone Hueber, Tel.: 040 - 399 19 10 - 26, [simone.hueber@pan-germany.org](mailto:simone.hueber@pan-germany.org)

Hintergrundinformationen:

Stellungnahme zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes: [http://www.pan-germany.org/download/PfISchG\\_04.pdf](http://www.pan-germany.org/download/PfISchG_04.pdf)

Broschüre "Für einen gläsernen Pestizidexport": <http://www.pan-germany.org/download/pestizidexport.pdf>

--

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Nernstweg 32, D-22765 Hamburg

[presse@pan-germany.org](mailto:presse@pan-germany.org) : <http://www.pan-germany.org>

=====

## KURZINFO von unterschiedlichen Quellen

26.01.2005

**„Frisco“ verbietet Rauchen im Park** Als erste US-Großstadt hat San Francisco das Rauchen in Parkanlagen und auf öffentlichen Plätzen verboten. Mit diesem Beschluß folgte der Stadtrat dem Beispiel kleiner Kommunen wie Santa Monica und Beverly Hills.

[http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=342223,3816,/politik/gesundheitsystem\\_and](http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=342223,3816,/politik/gesundheitsystem_and)

## Europaparlament fordert EU-weites Rauchverbot in geschlossenen Räumen

BRUESSEL. Das Nichtrauchererschutzgesetz Italiens soll in der gesamten Europäischen Union (EU) zum Vorbild werden. Dies fordert der Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments in einer

...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11945&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

25. 01.2005

**Verseucht durch PCB: Giftlast in Ostseefisch Bremen (dpa)** - Die Umweltstiftung WWF hat vor einer hohen Giftbelastung von Fischen aus der Ostsee gewarnt. Zwischen den späten 80er und den frühen 90er Jahren seien mit den jährlich rund 800.000 Tonnen Fischen auch durchschnittlich 31 Kilogramm... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=1&d=26&id=117458>

und/oder **Ostsee zunehmend vergiftet** WF warnt vor Fischgenuss aus dem Baltischen Meer

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050125034>

**Plasma-Ofen verbrennt chemische Kampfstoffe.** Projekt mit fünfjähriger Verspätung gestartet

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050125037>

24.01.2004

## Wohnungs-Allergene zu vermeiden hilft Asthma-Kindern wirklich

Wird bei Kindern mit allergischem Asthma die Allergenbelastung in der Wohnung konsequent nach den individuellen Bedürfnissen gesenkt, etwa durch Bettwäsche mit Allergenschutz oder Luftfilter, hat das tatsächlich einen klinischen Nutzen: Bei einem solchen Vorgehen waren die Asthma-Symptome in einer US-Studie mit 937 Kindern deutlich geringer als in einer Kontrollgruppe

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=330158,3814,/medizin/allergien>

Anmerkung Scherrmann: D. h. der Nutzen wurde bis jetzt angezweifelt und wird es auch weiterhin von all denen, die von dieser Studie keine Kenntnis nehmen.

21.01.2005

**Prionen jetzt auch in Leber, Niere und Pankreas gefunden.** ZÜRICH. Bisher gingen die Forscher davon aus, dass Prionen, die infektiösen Erreger von BSE und vermutlich auch der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob Erkrankung (vCJD), nur im Gehirn und ...  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11888&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

18.01.2004

### **Kognitive Einschränkungen im Alter durch kumulative Bleibelastung?**

Abstract aus "American Journal of Epidemiology" 2004 160(12):1184-1193:

<http://www.neuronews.de/linkto.php?ABOID=31666&ATID=5142&UID=445>

Anmerkung Scherrmann: Es gibt hierzu eine Vielzahl von Studien (siehe z. B. unter <http://ehp.niehs.nih.gov/>).

Interessant ist auch, dass die obige Info in den 3 von mir abonnierten online-Ärzte-newslettern nicht auftauchte.

17.01.2005

**Luftschadstoffe schädigen Feten.** Luftschadstoffe, denen Schwangere ausgesetzt waren, könnten eine wichtige Ursache für den Krebs Tod von Kindern sein

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=340666,3802,/medizin/umweltmedizin> und/oder

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050117024>

14.01.2005

**Zahl der Hypertoniker soll bis 2025 weltweit stark ansteigen.** LONDON. Einer US-amerikanischen Studie zufolge wird der Anteil der Erwachsenen mit Hypertonie in der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2025 von einem Viertel auf ein Drittel steigen.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11812&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

**Mehrheit will Rauchverbot in Kneipen und Büros.** HAMBURG. Die Deutschen sind mehrheitlich für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen. 56 Prozent sagten in einer am Freitag veröffentlichten repräsentativen Umfrage der Zeitschrift

..... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11820&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

**EU will Chemikalienrecht neu regeln** Beweislast wird umgekehrt

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050114003>

=====

## **POLITIK - BEHOERDEN**

=====

## **BUNDESMINISTERIUM fuer GESUNDHEIT und SOZIALE SICHERUNG**

Berlin, den 19.01.2005

### **Zwischen Wohnumfeld und Gesundheit besteht ein Zusammenhang**

Das Bundesgesundheitsministerium veranstaltete zusammen mit dem Bonner Büro des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation - WHO - das Symposium "Wohnumfeld und Gesundheit: Von der Evidenz zur Anwendung".

Mit ca. 40 Vertretern aus den Gesundheits- und Umweltbehörden der Länder und Kommunen wurden dabei Forschungsergebnisse einer WHO-Studie präsentiert, die im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit der Bundesregierung vom Bundesgesundheitsministerium finanziert wurde. In dieser Studie wurden erstmalig in acht europäischen Städten - u. a. in Bonn - von insgesamt 8.519 Personen in 3.373 Wohnungen Daten zu den Wohnbedingungen, der Wohnungsausstattung, dem Wohnumfeld und dem Gesundheitszustand der Bewohner erhoben und folgende Parameter international verglichen:

- Innenraumluftqualität, Schimmel und Allergien,
- Lärmexposition in Wohnung und Wohnumfeld,
- Fettleibigkeit und Bewegung in Relation zum Wohnumfeld,
- häusliche Unfälle, die mehr Todesfälle in Europa fordern als der Straßenverkehr,
- Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Wohnbestand für Senioren und Menschen mit funktionalen Einschränkungen,
- psychische Gesundheitseffekte von schlechten Wohnbedingungen und Nachbarschaften sowie
- Energieversorgung und Heizkomfort für die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten.

Die Studie hat z. B. ergeben, dass die Reduzierung von Lärm ein wichtiger Aspekt für gesundes Wohnen ist. Auch sollten Gesundheitsexperten aktiv bei Bauleitplanungen beteiligt werden. Die Kommunen sind gefordert, für ein gesundes Wohnumfeld zum Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu sorgen. Das heutige Treffen ist ein weiterer Mosaikstein der bisher beispielhaften Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der WHO.

Die Evaluierung der Wohngesundheitsdaten brachte neue Ansätze für weitere Forschung sowie die politische Umsetzung und bildete einen Schwerpunkt für die Beschlüsse der 4. Ministerkonferenz "Umwelt und Gesundheit" von Budapest im Juni 2004. Sie haben dort zu einer Selbstverpflichtung der Gesundheitsminister der WHO-Region Europa geführt, **die sich in Zukunft aktiver im Bereich Wohnen und Gesundheit betätigen und als politische Handlungsoption z. B. bestehende Wohnungsrichtlinien stärker aus gesundheitspolitischer Sicht beeinflussen wollen.**

**Da der Vollzug der rechtlichen Regelungen im Bereich der Gesundheit und der Umwelt in der Bundesrepublik grundsätzlich in die Zuständigkeit der Länder und der Kommunen fällt,** wurden als Abschluss der Studie die Ergebnisse mit weiteren Experten aus den Bereichen Wohnen, Bauen, Umwelt und Gesundheit auf ihre Relevanz für Deutschland geprüft. Darüber hinaus wurde ihre Anwendung auf nationaler Ebene initiiert, **indem z. B. für Vorsorgemaßnahmen Priorität eingeräumt wird** oder gesundheitliche Aspekte bei der Bauleitplanung mehr berücksichtigt werden sollen. Außerdem wurde die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit weitere Studien zu den o. g. Themenbereichen sowie die Kooperation zwischen den an der Umsetzung Beteiligten weiter zu fördern.

Die Studie finden Sie im Internet unter <http://www.euro.who.int/housing>

Hervorhebungen, Anmerkung Scherrmann: Das klingt recht schön und ich bin neugierig, wie dann im Detail die Vorsorgemaßnahmen aussehen, ob Grenzwerte sinken, ob Summengrenzwerte eingeführt, ob die REACH-Verordnung weniger verwässert wird, ob Schadensersatzklagen bessere Chancen haben, ob die Bevölkerung besser aufgeklärt wird, ob gesundheitsschädliche Produkte (z. B. in Kosmetika, Putz-, Reinigungsmittel) vom Markt genommen werden müssen, etc. etc..

=====

## **Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

München, 26. Januar 2005

### **Bund ist säumig - Präventionsgesetz muss endlich auf den Tisch**

"Länderübergreifende Präventionsarbeit braucht rechtliche Grundlage". Der Bund muss endlich die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit eine konzertierte bundesweite Präventionsoffensive starten kann. Dies betonte Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute in Augsburg bei der Festveranstaltung zu 20 Jahren kooperativer Gesundheitsforschung am Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF). Schnappauf: "Bayern hat seine Hausaufgaben gemacht und eine landesweite Präventionsoffensive Gesund.Leben.Bayern gestartet. Damit Vorsorge über Ländergrenzen hinweg konzertiert erfolgen kann, muss der Bund jetzt schleunigst in die Gänge kommen und ein Präventionsgesetz vorantreiben. Nur so kann Präventionsarbeit rechtlich fundiert länderübergreifend erfolgen."

Dass die Bundesregierung noch immer nicht den mit den Ländern vereinbarten Eckpunkten entsprechenden Entwurf vorgelegt hat, sei Schnappauf zufolge, unverständlich und kontraproduktiv: "Der Bund muss den abgestimmten Entwurf unverzüglich vorlegen, damit die dringend benötigten finanziellen Mittel für Prävention frei werden." Dem Minister zufolge stünden dann bundesweit 250 Millionen Euro, für Bayern 14,8 Millionen Euro zur Verfügung. Bayern geht mit gutem Beispiel voran. In der neuen bayerischen Gesundheitsinitiative Gesund.Leben. Bayern investiert der Freistaat in den nächsten zwei Jahren rund 6,7 Millionen Euro für Vorsorge-Projekte. Schnappauf: "Zentraler Fokus der bayerischen Gesundheitsinitiative sind die chronischen Krankheiten, deren Ursachen in **zu wenig Bewegung, zu viel Alkohol und dem Rauchen** liegen. Wir werden den eingeschlagenen Weg einer effektiven Gesundheitsvorsorge konsequent weitergehen."

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

Hervorhebung, Anmerkung Scherrmann: Natürlich ist ein Präventionsgesetz längst überfällig. Was hier auch deutlich ist: Die Parameter „zu wenig Bewegung, zu viel Alkohol und Rauchen“ sind wichtig, dass aber andere Schadstoffbelastungen überhaupt nicht angesprochen werden, ist ein m. E. ein erhebliches Defizit.

\*

München, 24. Januar 2005

### **Umwelt- und Verbraucherschutz brauchen praktikable Regelungen**

Müller begrüßt Bereitschaft der EU-Kommission zu Änderungen an geplanter Chemikalienverordnung

Bayern sieht weiterhin Nachbesserungsbedarf an der geplanten Chemikalienverordnung der EU (REACH). Bayerns Umweltstaatssekretärin Emilia Müller begrüßte heute in München eine aktuelle Ankündigung von EU-Kommissar Günter Verheugen, in den Verordnungsentwurf die Ergebnisse von Folgenabschätzungen einzuarbeiten. Müller: "Dem Umwelt- und Verbraucherschutz wird kein Dienst erwiesen, wenn man ihn unter komplizierten und unübersichtlichen Regelungen begräbt. Die Ankündigung von Kommissar Verheugen darf kein reines Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss konsequent umgesetzt werden". Beispielsweise müsse für die Registrierung das tatsächliche Risiko entscheidend sein und nicht allein die produzierten bzw. importierten Mengen eines chemischen Stoffes. Auch seien die Registrierungsanforderungen zu vereinfachen und der Know-How-Schutz zu



verbessern, so die Staatssekretärin. Müller: "Bayern hat die konkreten Auswirkungen des REACH-Vorschlags bereits in einer Pilot-Studie untersucht. Unsere Forderungen haben damit Hand und Fuß"

Im Interesse eines effektiven Umwelt- und Verbraucherschutzes ist es Müller zufolge zu begrüßen, dass Brüssel das europäische Chemikalienrecht vereinheitlichen und rund 30.000 Chemikalien systematisch erfassen und bewerten will. "Der Verordnungsentwurf mit weit mehr als 1.000 Seiten ist jedoch immer noch ein bürokratisches Monstrum und in der Praxis kaum handhabbar", so die Staatssekretärin. Auch kleine und mittlere Unternehmen müssen die Chance haben, die rechtlichen Regelungen mit vertretbarem finanziellem Aufwand umsetzen und sicher handhaben zu können. Müller: "Entscheidend ist für uns, dass ein Mehrwert für die Gesundheit und für die Umwelt geschaffen wird, ohne dabei Arbeitsplätze zu vernichten und Betriebsgeheimnisse preiszugeben". Die in Bayern ansässige Chemische Industrie, die es zu erhalten gelte, bestehe aus rund 250 vor allem kleineren und mittleren Betrieben mit nahezu 60.000 Beschäftigten. Bayern hatte im Rahmen einer Pilotstudie mit insgesamt 18 Unternehmen aus der Automobilindustrie, der Chemischen Industrie, der Kunststoffindustrie und der Metall- und Keramikindustrie die Auswirkungen des Verordnungsvorschlags der EU auf die Fertigung hochinnovativer Produkte in Bayern untersucht. Im weiteren Rechtssetzungsverfahren zu REACH wird sich Bayern dafür einsetzen, dass

- der Aufwand für die Registrierung von Stoffen verringert wird,
- das konkrete Risikopotential von Stoffen für die Anwendung von REACH ausschlaggebend wird,
- Wettbewerbsnachteile für EU-Unternehmen gegenüber Nicht-EU-Unternehmen ausgeschlossen werden und
- ein sinnvoller Schutz von Geschäftsgeheimnissen gewährleistet bleibt.

Hinweis für die Redaktionen:

Der vollständige Projektbericht ist im Internet unter <http://www.stmugv.bayern.de/de/aktuell/download/download.htm> abrufbar.

Weitere Informationen: <http://www.umweltpakt.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann: Hier ist ersichtlich, warum in der Pressemitteilung vom 26. Januar „saubere Luft, sauberes Wasser, saubere Böden“ fehlen.

\*

München, 24. Januar 2005

### **Schnappauf: Bayerns Gaststätten werden rauchfrei**

"Hälfte aller Gaststätten und Hotels in 2 Jahren Nichtraucherfreundlich"

Bereits in den nächsten zwei Jahren sollen mindestens die Hälfte aller bayerischen Gaststätten und Hotels Nichtraucherfreundlich werden. Auf dieses ehrgeizige Ziel verständigten sich heute Bayerns Gesundheitsminister Werner Schnappauf und der Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands (BHG) Ludwig Hagn in Nürnberg. Schnappauf: "Eine qualmfreie Umgebung muss zumindest in allen öffentlichen Räumen zur Normalität werden ? in Schulen und Kliniken ebenso wie in Gaststätten. Erstmals in Deutschland hat eine Landesregierung mit dem Hotel- und Gaststättenverband vereinbart, dass bis Ende 2006 die Hälfte und bis 2010 90 Prozent der Hotel- und Gastronomiebetriebe Nichtraucherbereiche anbieten werden." Damit sind für die rund 40.000 Hotels und Gaststätten in Bayern die Weichen gestellt, sich das Prädikat "Nichtraucherfreundlicher Betrieb" bzw. "Rauchfreier Betrieb" zu erwerben. "Bayern treibt damit den Nichtraucherschutz konsequent, aber auch mit Augenmaß voran. Wir wollen ? zumindest zunächst ? nicht per Dekret wie beispielsweise in Italien das Rauchen in Bars und Kneipen generell verbieten. Nikotinsucht ist jedoch eine Krankheit und eine tödliche Gefahr, die enorme Kosten für das Gesundheitswesen verursacht. Wir brauchen hier eine Trendwende. Nichtrauchen muss zur Normalität werden, auch in den Hotels und Gaststätten im Freistaat", bekräftigte Bayerns Gesundheitsminister. +++



Die Aktion "Nichtraucherfreundlicher und rauchfreier Hotel- und Gaststättenbetrieb" kommt den Nichtrauchern entgegen, aber auch den Rauchern. Denn die neuesten Umfragen haben ergeben, dass selbst Raucher in Gaststätten lieber ohne störenden Qualm ihr Essen und Trinken genießen wollen. Erste Erfahrungen mit rauchfreien Gaststätten wie z. B. aus Irland belegen, dass die Gastronomen dadurch keine finanziellen Einbußen hinnehmen müssen.

Jeder teilnehmende Betrieb muss klar definierte und transparente Kriterien erfüllen. Beispielsweise müssen mindestens 40 Prozent der Tische für Nichtraucher reserviert sein oder der Gastraum muss über einen abgetrennten, gekennzeichneten Nichtraucherbereich verfügen. Darüber hinaus müssen die Gasträume über eine ausreichende Lüftung verfügen, um den nicht rauchenden Gästen weitgehend rauchfreie Luft zu bieten. Kleinere Stehkneipen, Bars oder Dorfgaststätten mit weniger als 10 Tischen oder unter 75 Quadratmeter sind allerdings der gemeinsamen Vereinbarung entbunden, da die geforderten Kriterien in sehr kleinen Räumen nicht realisierbar sind. Trotzdem, so Schnappauf, sollen sich auch kleine Gaststätten zum Mitmachen animiert fühlen: "Jede rauchfreie Gaststätte, ob groß oder klein, ist ein Schritt hin zu einem gesünderen Lebensumfeld."

An den Folgen des Tabakrauchens sterben allein in Bayern pro Jahr etwa 16.500 Menschen, in Deutschland etwa 117.000 Menschen und in der EU bis zu 600.000 Menschen vorzeitig. Der entstehende volkswirtschaftliche Schaden wird bundesweit auf rund 17 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Tabakrauch enthält eine Vielzahl von giftigen Stoffen, die zum Teil krebserregend sind. Im Nebenstrom des Tabakrauchs, den Passivraucher einatmen, sind manche krebserzeugende Stoffe sogar in höherem Maße konzentriert als im Hauptstromrauch. Passivraucher können damit die gleichen akuten und chronischen Gesundheitsschäden erleiden wie die Raucher selbst.

Die Aktion "Nichtraucherfreundlicher und rauchfreier Hotel- und Gaststättenbetrieb" ist Teil des Aktionsplans "Tabakrauchfreie Lebensumwelt" im Rahmen der neuen bayerischen Gesundheitsvorsorgeinitiative "Gesund.Leben.Bayern". Im Rahmen dieser Initiative hat Bayern bereits die Aktionen "Rauchfreie Schule" und "Rauchfreies Krankenhaus" gestartet. Weitere Infos hierzu unter <http://www.gesundheit.bayern.de> .

Nähere Informationen zur Aktion "Nichtraucherfreundlicher und rauchfreier Hotel- und Gaststättenbetrieb" erhalten interessierte Betriebe auch bei:

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt,  
Gesundheit und Verbraucherschutz  
Rosenkavalierplatz 2  
81925 München  
Tel.: (089) 92 14 ? 23 53

Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband e.V. (BHG)  
Türkenstraße 7  
80333 München  
Tel.: (089) 2 87 60 ? 0

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

\*

München, 19. Januar 2005

### **Schnappauf: Erstes Krankenhaus in Bayern wird rauchfrei**

Klinikum Augsburg startet Modellprojekt - Schnappauf: "Institutionen des Gesundheitswesens müssen Nichtrauchen unterstützen"

Bayerische Krankenhäuser sollen Schritt für Schritt rauchfrei werden. Dies forderte Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute in München zum Start des Modellprojektes "Rauchfreies Krankenhaus" am Zentralklinikum Augsburg. Schnappauf: "Die Krankenhäuser sind neben den Schulen ein weiterer wichtiger öffentlicher Raum, der rauchfrei werden muss. Krankenhäuser, die Patienten auf den Weg der Gesundung bringen, sind ganz besonders dazu bestimmt, Menschen vom Rauchen als einem der größten Gesundheitsrisiken abzuhalten. Dieser

Schritt ist absolut erforderlich." Gerade die Institutionen des Gesundheitswesens müssten das Nichtrauchen als gesellschaftliche Normalität unterstützen. Schnappauf begrüßte sehr das Engagement des Klinikums Augsburg, als erstes Großklinikum in Bayern das Nichtrauchen konsequent durchzusetzen. +++

In einem Stufenplan soll die Rauchfreiheit im Klinikum Augsburg innerhalb von drei Jahren erreicht werden. Die Zahl der Raucherräume wurde seit Anfang des Jahres bereits halbiert. Wichtiges Element wird auch das Angebot von Raucherentwöhnungsprogrammen für Mitarbeiter und Patienten sein. "Rauchen ist eine hartnäckige Sucht. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Raucher brauchen suchttherapeutische Unterstützung, um mit dieser krankmachenden Gewohnheit aufzuhören", erläuterte Schnappauf und machte deutlich "nichtsdestotrotz darf uns das nicht hindern den Schutz für die Nichtraucher vor dem schädlichen Passivrauchen konsequent zu erhöhen. Gemeinsam müssen wir das Rauchen langfristig wenigstens auf den privaten Raum begrenzen, wenn der Ausstieg nicht gleich gelingt. Die Gesellschaft darf nicht weiter tatenlos zusehen, wenn das Rauchen enorme Krankheitsfolgekosten verursacht und jährlich fast 16.000 Menschen allein in Bayern tötet."

Die Initiative "Rauchfreie Krankenhäuser" ist Teil des Aktionsplans "Tabakrauchfreie Lebensumwelt" im Rahmen der neuen bayerischen Gesundheitsvorsorgeinitiative "Gesund.Leben.Bayern." In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, dem Verband der Privatkrankenanstalten in Bayern und dem Deutschen Netz Gesundheitsfördernder Krankenhäuser werden bayerische Krankenhäuser motiviert, dem Weg Augsburgs zu folgen. Im Frühsommer werden die Partner der Initiative in einem Kongress als Plattform und Ideenbörse interessierten Krankenhäusern Wege zur Rauchfreiheit aufzeigen.

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann: Diese Vorstöße Bayerns finde ich gut und nachahmenswert.

\*

München, 19. Januar 2005 **Schnappauf: Europa soll gesundeste Region werden**  
Prävention als europaweite Herausforderung - "Gesundheitsschutz darf nicht von anderen Politikfeldern konterkariert werden"

Europa soll nicht nur innovativste Wirtschaftsregion der Welt, sondern auch der gesundeste Lebensraum der Welt werden. Dafür sprach sich Bayerns Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute anlässlich seiner Unterredung mit dem neuen EU-Kommissar für Verbraucher- und Gesundheitsschutz Markos Kyrianiou und anlässlich der ersten "Brüsseler Gespräche" zur Gesundheit in der Bayerischen Vertretung aus. Schnappauf: "Mehr Prävention ist europaweit die zentrale gesundheitspolitische Herausforderung in den nächsten Jahren. Das muss in vielen Bereichen berücksichtigt werden." So gelte es beispielsweise, eine einheitliche, allgemein verständliche Kennzeichnung der Nährwerte auf den Lebensmittelverpackungen einzuführen: "Das kommt dem Gesundheitsschutz zugute. Denn Menschen müssen erkennen können, wie bestimmte Lebensmittel ihr Körpergewicht beeinflussen." Die EU-weit beängstigende Zunahme von Übergewicht zwingt zum Handeln. Sonst droht, dass in 40 Jahren jeder zweite Erwachsene in Europa an Fettleibigkeit leidet. Dramatisch steigende Gesundheitskosten und eine sinkende Lebenserwartung wären die vermeidbaren Folgen.

Als weitere zentrale Forderung sieht Schnappauf: "Anstrengungen im Gesundheitsschutz dürfen nicht von anderen Politikfeldern wieder konterkariert werden. So muss Schluss sein mit der Förderung des Tabakanbaus in den Mitgliedstaaten, sonst ist das Geld für Nichtrauchen-Kampagnen schier beim Fenster hinausgeworfen." Im Rahmen der "Brüsseler Gespräche" stellt Schnappauf den Bayerischen Weg für mehr Prävention vor. Mit der neuen Gesundheitsvorsorgeinitiative Gesund.Leben.Bayern. setzt Bayern neue Schwerpunkte in der Prävention von Übergewicht, in der Förderung der Nichtrauchens und des verantwortlicheren Umgangs mit Alkohol und in der betrieblichen Gesundheitsförderung. "Wir wollen den Menschen in Bayern in Kindergärten, Schulen, Betrieben und Kantinen einen gesundheitsbewussteren Lebensstil nahe bringen", ergänzte der Minister. Darüber hinaus hat Bayern mit einer gemeinsamen Erklärung der Beteiligten im Gesundheitswesen den gesellschaftlichen Bewusstseinswandel für "mehr Vorsorge statt Reparatur" gestärkt; dieser Prozess wird fortgesetzt.

Jeder 5. EU-Bürger stirbt heute vorzeitig an vermeidbaren Krankheiten. Die Ursachen sind insbesondere Bewegungsmangel, falsche Ernährung und Unfälle. Schon 15 bis 20 Prozent der europäischen Bevölkerung, also 40 Millionen Menschen, davon 6 Millionen Kinder sind von Fettleibigkeit betroffen. Als direkte Folge von Fettleibigkeit sterben jedes Jahr 3 Millionen Menschen in Europa.

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

=====

## **BUNDESTAG**

26.05.2005 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

### **TRITTIN: ZEITFENSTER VON ZEHN JAHREN FÜR KLIMAWANDEL**

Berlin: (hib/WOL) Die Perspektiven der Klimapolitik nach der Ratifikation des Kyoto-Protokolls hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis90/Die Grünen) am Mittwochvormittag im Fachausschuss skizziert.

Der Minister unterstrich dabei die Bedeutung eines Zeitfensters von zehn Jahren für eine Beeinflussung des globalen Klimas. Nach Verstreichen dieser Frist sei nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen eine befürchtete Klimaerwärmung "unumkehrbar". Innerhalb der Kyoto-Vertragsstaaten und der EU habe man sich daher darauf verständigt, dass eine Erderwärmung um mehr als zwei Grad Celsius gegenüber der so genannten "vorindustriellen Zeit" verhindert werden müsse. Im Hinblick auf Kohlenstoffemissionen und andere Erwärmungsfaktoren der Atmosphäre bedeute dies eine Reduzierung der Emissionen um 30 Prozent im Gesamtdurchschnitt bis zum Jahr 2020. Trittin ging dabei auch auf die Tatsache ein, dass dies für hoch entwickelte Industriestaaten wie etwa Deutschland einen weit aus höheren Wert erfordere als in anderen Ländern. Es bedeute unter anderem, dass Deutschland mit einer derzeitigen Reduktion von 21 Prozent gerade einmal ebensoviel zur Verminderung der Gesamtschadstoffe beitrage wie ein EU-Nachbarstaat mit einer Reduktion von acht Prozent. Der Minister warnte in diesem Zusammenhang auch vor einer Überschätzung der Möglichkeiten durch einen Emissionshandel mit Schwellen- oder Entwicklungsländern. Das Instrument von "Cap and Trade" (Kappen und Handeln) könne nur dann greifen, wenn über die Kappungsgrenzen Einigkeit bestehe. Erst innerhalb eines vereinbarten reduzierten Rahmens über den Ausstoß von Emissionen werde der Handel mit Emissionszertifikaten Bedeutung erlangen. Gleichzeitig ging der Minister auch auf den von England angestrebten "G8-Plus"-Gipfel ein. Dazu sollen auch die Nichtunterzeichnerstaaten von Kyoto - China, Indien und Brasilien - eingeladen werden. Die Bundesrepublik unterstütze dies.

Einen "Fehler" nannte Trittin, dass seinerzeit vereinbart worden sei, erst nach der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls über ein weiteres Vorgehen zu verhandeln. Dies führe nun zu einem Zeitverlust bei der Umsetzung und Durchsetzung der Maßnahmen. Der Minister sprach auch den Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Emissionen an. Bei der Entwicklung in Asien sei es notwendig, Zugeständnisse zu machen. Schwellenländer dürften im Hinblick auf Emissionen nicht erst das frühere Stadium von Industrieländern erreichen, um danach zu reduzieren. Im Bezug auf die Rolle der USA und der Entwicklungsländer an der Klimagestaltung erklärte der Ausschussvorsitzende Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD), die USA hätten bereits lange vor dem Abschluss des Kyoto-Protokolls deutlich gemacht, dass sie sich ohne eine Einbindung der Entwicklungsländer nicht an den Verhandlungen über Kyoto beteiligen wollten. Umgekehrt sei für die Entwicklungsländer eine globale Vereinbarung zu Klimavorgaben ohne die USA nicht akzeptabel.

\*

Berlin: Di, 25.01.2005 Entwicklungszusammenarbeit/Antrag

### **REGIERUNG SOLL DEM BUNDESTAG EINEN BERICHT ZUR BIOLOGISCHEN VIELFALT VORLEGEN**

Berlin: (hib/BOB) Einen periodischen Regierungsbericht zur biologischen Vielfalt fordern die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dieser solle dem Bundestag jeweils zum Ende der Legislaturperiode vorgelegt werden und über die bilateralen Maßnahmen und multilateralen Zusagen im Bereich der nachhaltigen Nutzung und des Schutzes der biologischen Vielfalt informieren,

schreiben die Fraktionen in einem Antrag (15/4661). Ihr Anliegen begründen sie damit, dass sich die Zerstörung von Ökosystemen und der Verlust an Arten in alarmierender Weise beschleunigen würden. Pro Jahr werden laut Antrag rund 15 Millionen Hektar Wald vernichtet; pro Tag sterben rund 150 Arten aus, heißt es. Sollte die Zerstörung von Ökosystemen und der damit einhergehende Verlust biologischer Vielfalt ungebremst fortschreiten oder sich sogar beschleunigen, werden - so die Befürchtung der Abgeordneten - in den kommenden Jahrzehnten die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung auf unserem Planeten unwiederbringlich zerstört.

Des Weiteren wollen die Koalitionsfraktionen, dass die Regierung bei der für dieses Frühjahr angesetzten Geberkonferenz für Schutzgebiete einen "aktiven und konstruktiven Beitrag" leistet. Sie müsse sich dafür einsetzen, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren auf nationaler und internationaler Ebene im Bereich des Schutzes der biologischen Vielfalt zu verstärken. Dabei müsse das Ziel, bis 2010 die Verlustrate an Biodiversität deutlich zu reduzieren, von allen betroffenen Bundesministerien verfolgt werden. Die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken sollten ermutigt werden, in ihrer Projekt- und Programmplanung den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt stärker zu berücksichtigen und ihre Aktivitäten an den Schnittstellen von Armutsbekämpfung und Umweltschutz zu intensivieren. Aus der Sicht von SPD und Bündnis 90/Die Grünen müsse die Regierung zudem Maßnahmen verstärken, um auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene den Handel mit illegal eingeschlagenem Tropenholz zu unterbinden. Die teilweise erheblichen Anstrengungen von Entwicklungsländern im Bereich des Umweltschutzes und der Ausweisung von Naturschutzgebieten und Nationalparks sollten bei offiziellen Anlässen mehr in den Vordergrund und damit ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, so die Regierungsfractionen weiter.

\*

Berlin: Mo, 24.01.2005 Umwelt/Unterrichtung

## **52 FORSCHUNGSPROJEKTE ZU AUSWIRKUNGEN DES MOBILFUNKS GEPLANT**

Berlin: (hib/WOL) Bis zum Jahr 2006 sind insgesamt 52 Forschungsprojekte zur Klärung gesundheitlicher Auswirkungen und zur Minderung der Strahlung bei Mobilfunktechnologie vorgesehen. Dies erklärt die Bundesregierung in einem als Unterrichtung vorgelegten Bericht (15/4604).

Danach sollen 22 Projekte im Bereich der Biologie, 14 Vorhaben im Bereich der Dosimetrie (Strahlungsmessung) angesiedelt sein, neun Projekte der Epidemiologie sowie sieben Projekte dem Bereich der Risikokommunikation zugeordnet werden. Derzeit seien 65 Prozent der dafür verfügbaren Finanzmittel festgelegt. Über die Vergabe der übrigen Mittel könne erst auf Grund von Machbarkeitsstudien entschieden werden. Vom Bundesumweltministerium wird die Wirkungsforschung mit insgesamt 8,5 Millionen Euro unterstützt. Weitere 8,5 Millionen sind laut Bericht durch die Netzbetreiber selbstverpflichtend hinzugekommen. Vom Bundesministerium für Bildung und Forschung werde ein Volumen von 7 Millionen Euro zur Förderung

strahlungsmindernder Technologien beim Mobilfunksendesystemen bereitgestellt und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit stehen für Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit technischen Regulierungsfragen beim Aufbau der so genannten UMTS-Netze laut Bericht insgesamt 5 Millionen Euro zur Verfügung.

Bisher nachgewiesene gesundheitsrelevante Wirkungen elektromagnetischer Felder beruhen auf der Gewerbeerwärmung, die bei der Aufnahme elektromagnetischer Energie in Organismen entsteht, heißt es in der Unterrichtung. Nach wie vor "unbeantwortet" sei dagegen die Frage nach anderen Wirkungsmechanismen so genannter hochfrequenter Felder, "die nicht auf eine Erwärmung zurückgeführt werden können und unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen". Auch wenn ein konkretes gesundheitliches Risiko für die Bevölkerung aus bisher bekannten Ergebnissen nicht

abgeleitet werden könne, seien Hinweise auf einen möglichen gesundheitlichen Einfluss Grund genug, entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, heißt es. Dies gelte besonders wegen der weiter zunehmenden Nutzung des Mobilfunks durch Kinder und Jugendliche. Zudem habe dies Einfluss auf mehrere hunderttausend Arbeitsplätze im Bereich der mobilen Kommunikation und der mobilen Dienstleistungen. Mit dem Abschluss der Forschungsvorhaben wird bis zum Jahr 2006 gerechnet. Zusammen mit Ergebnissen der in verschiedenen Bundesländern laufenden Forschungsprogramme soll dann eine neue Bewertung eventueller gesundheitlicher Auswirkungen durch elektromagnetische Felder möglich sein.

\*

Berlin: Mi, 19.01.2005

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung (Anhörung)

### **EXPERTEN FORDERN ÜBERGANGSFRISTEN BEI DER NOVELLE DES ARZNEIMITTELGESETZES**

Berlin: (hib/BES) Die geplante Änderung der arzneimittelrechtlichen Vorschriften wird von Sachverständigen grundsätzlich begrüßt, zum Teil jedoch kritisch beurteilt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung (15/4294) sieht eine Änderung der Prüfungs- und Zulassungsverfahren für Medikamente und Registrierungsverfahren für homöopathische Arzneimittel vor.

Damit soll das europäische Recht in nationales umgesetzt werden.

In schriftlichen Stellungnahmen zu einer öffentlichen Anhörung, die um 16.00 Uhr beginnt, kritisiert die Mehrheit der Experten eine zu breite Auslegung der europäischen Vorgaben. So lehnt der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI) die vorgeschlagene Änderung ab, wonach pharmakologisch-toxikologische Unterlagen im Registrierungsverfahren nunmehr generell vorzulegen sind und die Vorlage dieser Unterlagen nur ausnahmsweise entfallen kann. Es bestehe kein Bedarf, über die Arzneimittelprüfrichtlinien hinaus im Gesetz Anforderungen an die Vorlage von Unterlagen zu regeln. Eine entsprechende Regelung zur Umsetzung der europäischen Vorschriften existiere bereits. Besonders ungünstig würde sich diese Regelung auf die homöopathischen Arzneimittel auswirken. Der Zentralverband der Ärzte für Naturheilverfahren und Regulationsmedizin e. V. befürchtet in diesem Zusammenhang Kostensteigerungen, die "diese Medizinrichtungen gegenüber der konventionellen Medizin weiter benachteiligen" würden.

Ähnlich wie BPI fordern der Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller (BAH) und der Dachverband Anthroposophische Medizin in Deutschland (DAMID) eine Übergangsregelung bei der Anwendung der neuen Registrierungsunterlagen für bereits laufende Registrierungsverfahren. Bei homöopathischen Präparaten, die seit Jahrzehnten auf dem Markt sind, soll aus der Sicht des BPI generell auf eine Begründung zum Unbedenklichkeitsgrad verzichtet werden.

Positiv bewerten die Experten die nun vorgesehene Abverkaufsregelung für Arzneimittel ohne Braille-Schrift-Kennzeichnung. Die jüngste Novelle des Arzneimittelgesetzes sieht ab dem 1. September 2006 eine generelle Kennzeichnungspflicht auf der äußeren Umhüllung der Medikamente in Blindenschrift. In den vorliegenden Gesetzentwurf wurde nun eine unbegrenzte Abverkaufsfrist für solche Präparate aufgenommen, die bereits zum Stichtag im Verkehr waren. Die Mehrheit der Sachverständigen bewertet die Regelung allerdings als noch unzureichend und unverhältnismäßig. Die generelle Kennzeichnungspflicht in Blindenschrift gehe über die EU-Anforderungen hinaus. Danach seien lediglich neue Medikamente der Verpflichtung zur Kennzeichnung in Braille zu unterstellen. Die Experten weisen in diesem Zusammenhang vor allem auf hohe Umsetzungskosten und technische Schwierigkeiten bei der Schriftgröße auf kleinen Packungen und fordern Ausnahmeregelungen für Präparate, die ausschließlich durch medizinisches Personal verabreicht werden, desgleichen für Homöopathika, Kleinstchargen und Kleinstpackungen.

Kritik an der Abverkaufsregelung übt hingegen der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. Diese bringe grundsätzlich die Gefahr mit sich, dass noch über viele Jahre hinweg Medikamente ohne Braille-Beschriftung an blinde und sehbehinderte Menschen verkauft werden. Sie schließe

außerdem nicht aus, dass noch kurz vor dem 31. August 2006 Medikamente in erheblichem Umfang mit Umverpackungen bisherigen Zuschnitts versehen und in den Handel gebracht würden. Pro Generika e. V. schlägt in seiner Stellungnahme vor, die so genannte "Bolar Provision" - eine Regelung, wonach Arzneimittelhersteller bereits während der Patentlaufzeit eines Medikaments die Studien und Versuche durchführen dürfen, um ein Generikum bis zur Zulassungsreife zu entwickeln - wie in vielen anderen Ländern mit der Novelle in deutsches Recht zu übertragen. Die Bolar Provision, die zurzeit in Deutschland verboten ist, werde die wettbewerbs- und arbeitsmarktpolitischen Verwerfungen und Nachteile beseitigen, die das aktuelle nationale Patentrecht bewirke.

\*

Berlin: Mi, 19.01.2005 Petitionsausschuss

## **FÜR MEHR LÄRMSCHUTZ AN SCHIENENWEGEN EINGESETZT**

Berlin: (hib/MIK) Für mehr Lärmschutz an Schienenwegen hat sich der Petitionsausschuss eingesetzt. Deshalb beschloss er am Mittwochmorgen einvernehmlich, die zu Grunde liegende Eingabe der Bundesregierung "zur Berücksichtigung" zu überweisen.

Mit ihrer Eingabe beschwerten sich die Petenten über den ihrer Meinung nach unzureichenden Umfang von aktiven Lärmschutzmaßnahmen an der Bahnstrecke Hannover - Bremen in der Ortsdurchfahrt Verden-Dauelsen. Zwar sei die Ortsdurchfahrt als Härtefall in das Sonderprogramm der Bundesregierung "Lärmschutz an bestehenden Schienenwegen" aufgenommen worden, jedoch erhielt entgegen der Planungen der Bahn, die den betroffenen Anwohnern bei einer Bürgerversammlung vorgestellt worden waren, ein Teilabschnitt von 350 Metern Länge keine Lärmschutzwand. Hier bestehe nach Fertigstellung der Bauarbeiten nunmehr eine einseitige Unterbrechung der ansonsten durchgehenden Wände. Die Petenten sind der Auffassung, dass diese Lücke geschlossen werden muss. Gerade in diesem Teil seien die Anwohner besonders von Bahnlärm betroffen. Lediglich passiver Lärmschutz für einige wenige Gebäude seien nicht akzeptabel. Sie verweisen darauf, dass sie auf die öffentlich vorgestellten Plan der Bahn vertraut hätten, der auch dort eine Lärmschutzwand vorsah.

In der vom Petitionsausschuss eingeholten Stellungnahme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird dargelegt, dass es sich bei der Lärmsanierung an Schienenwegen des Bundes um eine freiwillige Leistung handele, auf die keinerlei Rechtsanspruch bestehe. Weiter führt das Ministerium aus, dass das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) jeweils eine Nutzen-Kosten-Prüfung durchführe, um eine sparsame Verwendung der Mittel zu gewährleisten. Entscheidendes Kriterium sei dabei das Maß und der Umfang der Überschreitung der für die Lärmsanierung geltenden Grenzwerte von 70 dbA am Tag und 60 dbA in der Nacht. Die entsprechenden Untersuchungen hätten ergeben, dass in dem Teilabschnitt nur sechs Wohnhäuser von Grenzwertüberschreitungen betroffen seien. Angesichts der geringen Anzahl Betroffener und den "erheblichen"

Kosten für den Bau einer Lärmschutzwand im Vergleich zum Einbau von Schallschutzfenstern in den betroffenen Gebäuden sei hier die Finanzierung einer Lärmschutzwand mit Bundesmitteln nicht mehr möglich.

Da die Petenten von einer weitaus höheren Anzahl von Betroffenen ausgehen, führte der Petitionsausschuss einen Ortstermin durch. Dabei konnte sich der Ausschuss von einer erheblichen Lärmbelästigung überzeugen. Bei diesem Gespräch mit den Petenten stellte sich heraus, dass diese offenbar bei der Vorstellung der Planungen nicht deutlich genug auf den Finanzierungsvorbehalt und die damit verbundene Prüfung durch den EBA hingewiesen wurden. Deshalb setzt sich der Petitionsausschuss nachhaltig für den Bau der Lärmschutzwand ein. Es handele sich um eine stark befahrene Bahnstrecke und die Lärmbelästigung sei sehr hoch. Eine Lärmschutzwand in diesem Bereich würde auch einem dahinter und höher gelegenen Wohngebiet mit rund 150 Einwohnern zu Gute kommen. Vor allem aber war der Ausschuss der Überzeugung, dass das Vertrauen der Bürger in die Umsetzung der vorgestellten Pläne nicht enttäuscht werden dürfe.

=====

02/2005, 2005-01-17 **Nutzen und Risiken von Vitaminen und Mineralstoffen in Lebensmitteln neu bewertet**

### **BfR unterbreitet Vorschläge für Höchstmengen in Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln**

ACE-Säfte in zahlreichen Geschmacksrichtungen, Multivitaminbrausetabletten, Omega-3-Brot oder Kombinationspräparate aus Mineralstoffen und Vitaminen: Nahrungsergänzungs- und funktionelle Lebensmittel mit einem erhofften „Zusatznutzen“ haben in Deutschland Konjunktur. Angesichts des vielfältigen und wachsenden Angebotes hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) den gesundheitlichen Nutzen und mögliche Risiken von Vitaminen und Mineralstoffen in einzelnen Lebensmitteln neu bewertet. „Die Ergebnisse unserer Bewertung bilden zusammen mit den von uns formulierten Handlungsoptionen die wissenschaftliche Basis für die Festsetzung einheitlicher Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe in Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln“, erklärt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. Mit einheitlichen Höchstmengen solle der Verbraucher wirksam vor möglichen Gesundheitsschäden und Irreführung geschützt werden. Die umfangreiche, zweibändige Dokumentation ist ab sofort beim BfR erhältlich.

Die meisten Vitamine und Mineralstoffe sind essentiell - der Mensch braucht sie zum Leben. Das heißt aber nicht, dass er desto gesünder ist, je mehr er davon aufnimmt: Für einige Vitamine gilt zwar, dass sie einfach ausgeschieden werden, wenn die Konzentration im Körper hoch genug ist. Bei anderen Vitaminen und Mineralstoffen kann eine Überversorgung aber durchaus mit gesundheitlichen Risiken verbunden sein. So kann zu viel Vitamin A im ersten Drittel der Schwangerschaft fruchtschädigend wirken. Aber auch ein Mangel an Vitaminen und Mineralstoffen kann gesundheitsschädlich sein: Schwangere etwa, deren Versorgung mit dem Folsäure-Vitamin unzureichend ist, haben ein erhöhtes Risiko für Spina bifida-Erkrankungen des Neugeborenen; ein Krankheitsbild, das auch als „offener Rücken“ bezeichnet wird.

„Die Besonderheit der Risikobewertung von lebensnotwendigen Nährstoffen wie Vitaminen und Mineralstoffen liegt darin, dass sowohl das Risiko einer Mangel- als auch einer Überversorgung berücksichtigt werden muss“, betont Dr. Rolf Großklaus, Leiter der Fachgruppe „Diätetische Lebensmittel, Ernährung und Allergien“ im BfR. Diese Herausforderung hat das BfR mit der nun vorliegenden, umfassenden gesundheitlichen Bewertung zu Nutzen und Risiken von Vitaminen und Mineralstoffen angenommen. Sie eröffnet erstmals die Möglichkeit, Höchstmengen an diesen Stoffen für bestimmte Nahrungsergänzungsmittel oder angereicherte Lebensmittel auf der Grundlage einer wissenschaftlich basierten Risikoabschätzung abzuleiten. In die Empfehlungen sind die aktuell in Deutschland vorhandenen Daten zu Ernährungsgewohnheiten und Versorgungslage der Bevölkerung eingeflossen. Bei der Formulierung der Handlungsoptionen wurden auch die unterschiedlichen Empfindlichkeiten einzelner Verbrauchergruppen berücksichtigt.

Der Ermittlung der Höchstmengenvorschläge haben die Wissenschaftler ein einheitliches Schema zu Grunde gelegt. Danach ergibt sich die Menge eines Vitamins oder Mineralstoffes, die ohne gesundheitliche Risiken zusätzlich zugeführt werden kann, aus der Differenz der über die herkömmlichen Lebensmittel aufgenommenen Vitamin- und Mineralstoffmenge und der jeweiligen wissenschaftlich als sicher definierten Gesamttageszufuhr (sog. Tolerable Upper Intake Level) eines Vitamins oder Mineralstoffes. Bei einzelnen Stoffen, wie zum Beispiel bei Vitamin A, bleibt nach Anwendung dieses Schemas kein Spielraum für eine zusätzliche Zufuhr über Nahrungsergänzungsmittel oder angereicherte Lebensmittel.

Die Notwendigkeit einheitlicher Regelungen für Vitamine und Mineralstoffe in Nahrungsergänzungsmitteln sieht auch das europäische Parlament und hat im Juni 2002 eine entsprechende Richtlinie erlassen. Die aktuelle Bewertung des BfR ist daher eine geeignete Grundlage für die in Deutschland und vor allem auf europäischer Ebene zu führende Diskussion über Höchstmengen von Vitaminen und Mineralstoffen, die über Nahrungsergänzungs- oder angereicherte Lebensmittel zusätzlich zugeführt werden.

Die vom BfR veröffentlichte Bewertung von Vitaminen und Mineralstoffen richtet sich an alle, die mit dem Risikomanagement von Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln befasst sind, aber auch an Ärzte, Ernährungsberater und Apotheker sowie Studenten relevanter Studienrichtungen. Die beiden, in der Reihe „BfR-Wissenschaft“ erschienenen Berichtsbände (03 und 04/2004) können zum



Preis von je 15 € schriftlich in der Pressestelle des BfR, Thielallee 88-92, 14195 Berlin angefordert werden (Fax: 030-8412-4970, Mail: [pressestelle@bfr.bund.de](mailto:pressestelle@bfr.bund.de) ).

Der Bericht steht außerdem auf der Homepage des BfR zur Verfügung. Er kann unter [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de) , Menüpunkt Publikationen/BfR-Wissenschaft als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Documents

[-Verwendung von Mineralstoffen in Lebensmitteln \(BfR-Wissenschaft 4/2004\) \(PDF-File, 1684.4 KB\)](#)  
\*

### 01/2005, 14.01.2005 Alle neuen Internet-Beiträge auf einen Blick BfR erweitert E-Mail-Service für Abonnenten

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) bietet ab sofort einen neuen E-Mail-Service an. Das bereits existierende "Mail-Abo" wurde um eine neue Option erweitert. Zusätzlich zu den Presseinformationen des BfR können sich Abonnenten nun auch über alle neu auf der BfR-Homepage eingestellten Beiträge per E-Mail informieren lassen. Dazu zählen auch aktuelle Stellungnahmen zur Lebensmittel- und Chemikaliensicherheit.

Pro Jahr besuchen ungefähr eine halbe Million Nutzer die Internetseiten des BfR, um sich über die Arbeit des Instituts zu aktuellen Themen zu informieren. Die Internetseiten des BfR umfassen rund 5.000 Dokumente, in denen zum Beispiel die Sicherheit von Lebensmitteln, Chemikalien, Gebrauchsgegenständen und Kosmetika bewertet wird.

Das BfR nimmt wichtige Aufgaben im gesundheitlichen Verbraucherschutz wahr. Es identifiziert mögliche Risiken, bewertet sie nach wissenschaftlichen Kriterien und trägt aktiv zu ihrer Minimierung bei. Um diesen Prozess für die Öffentlichkeit transparent zu gestalten, nutzt das BfR die unterschiedlichsten Medien. Dem Internet kommt dabei eine wachsende Bedeutung zu. Auf den Internetseiten des BfR können Verbraucher, Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien nachlesen, welchen wissenschaftlichen Standpunkt das BfR zum Gefährdungspotenzial von Acrylamid in Lebensmitteln, zu Dioxinrückständen in Futtermitteln, zur Sicherheit von kosmetischen Produkten und vielen weiteren Themen vertritt.

Um regelmäßigen Besuchern der Website den Überblick über aktuelle Stellungnahmen und Informationen zu erleichtern, hat das BfR die bereits existierende "Mail-Abo" Funktion erweitert. Neben der bisher bestehenden Möglichkeit, Presseinformationen des BfR tagesaktuell per E-Mail zugesandt zu bekommen, kann sich der Nutzer jetzt zusätzlich über neu eingestellte Stellungnahmen informieren lassen. Sind neue Inhalte im Internet verfügbar, erhalten Abonnenten eine Mail mit den Titeln der neuen Beiträge. Bei Interesse ist die Fundstelle mit einem "Klick" erreichbar.

Das Formular für das "Mail-Abo" ist direkt und nutzerfreundlich über die obere Navigationsleiste auf der Startseite zu erreichen.

Scherrmann: A propos nutzerfreundlich: Ich suchte heute Infos zu „Eternit“. Ich wurde weder über das BfR und das UBA, noch über spezielle Datenbanken wie <http://www.cdc.gov/niosh/npg/npgd0000.html> fündig.

=====

## UBA - UMWELTBUNDESAMT

Berlin, den 17.01.05

### Forschungsprojekt zur Anwendungspraxis von Pflanzenschutzmitteln erforderlich Bisherige Kontrolldaten reichen nicht aus

Das Umweltbundesamt (UBA) fördert im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) ein Forschungsprojekt, in dem die praktische Anwendung von Pflanzenschutzmitteln analysiert wird.

Grund für das Projekt: Es gibt verschiedene Untersuchungen, die vermuten lassen, dass die Ausbringung der Pflanzenschutzmittel auf die Felder nicht sachgerecht geschieht. Die Folgen wären: Unnötige Belastungen des Menschen und der Umwelt. Nun soll durch Beobachtungen in der Praxis die Frage beantwortet werden: Ob und in welchem Ausmaß gibt es in Deutschland eine fehlerhafte Verwendung der Pflanzenschutzmittel, weil Auflagen und Anwendungsbestimmungen der Mittel nicht praktikabel sind oder sonst nicht eingehalten werden? Die Ergebnisse der gewonnenen Beobachtungsdaten sollen helfen, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln künftig sicherer zu machen.

Das UBA ist im Forschungsprojekt "Erfassung des Fehlverhaltens bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln" seit einigen Monaten um eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern bemüht. Hinweise durch Vertreter der Pflanzenschutzdienste der Länder, dass derartige Daten durch die Länderkontrollprogramme bereits existieren und es sich bei den im Projekt geplanten Beobachtungen von Landwirten in der Praxis um eine Doppelerhebung handelt, griffen UBA und BMU im September dieses Jahres auf. Da die Länderministerien über die Daten verfügen, wurden diese angeschrieben und um Kooperation und Übermittlung der verfügbaren anonymisierten Daten gebeten. Auch der Deutsche Bauernverband (DBV) begrüßte diese Bemühungen und sicherte zu, sich für die Lieferung der Länderdaten einzusetzen.

Die Antworten aus zwölf Ländern zeigen indes ein ernüchterndes Bild: Die meisten Länder betonen in ihren Schreiben, dass sie den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln intensiv und aufwändig untersuchen. Konkrete Ergebnisse haben aber nur wenige Länder vorgelegt. Diese Daten lassen keine Aussage darüber zu, um welche Verstöße es sich handelt, ob eine Zufallskontrolle gemacht wurde oder ein bestimmter Anlass vorlag. Solche Angaben sind jedoch notwendig, um für das Projekt brauchbare sowie repräsentative Aussagen zu erhalten.

"Es ist sehr bedauerlich, dass die Länder offenbar nicht über die erhofften Daten verfügen oder uns diese nicht übermitteln wollen. Denn es ist doch sicher ein umfangreicher Datenpool vorhanden, der über das, was uns bisher geliefert wurde, hinaus geht", sagte der Präsident des Umweltbundesamtes, Prof. Dr. Andreas Troge.

Da das Ausmaß an Fehlern bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf der Basis der gelieferten Länderdaten nicht repräsentativ benannt werden kann, ist das in den vergangenen Monaten vor allem von Seiten der Landwirtschaft kritisierte Forschungsprojekt notwendig. Das Projekt wird deshalb wie geplant fortgeführt. Bei den nunmehr ab Frühjahr 2005 anstehenden Beobachtungen der Pflanzenschutzmittelanwendung handelt es sich um den zweiten Teil des laufenden Projektes. Die Beobachtungen erstrecken sich auf etwa 300 Beobachtungsareale im ganzen Bundesgebiet. Geplant sind bis zu 600 Beobachtungen - während der bekannten Spritzzeiten - die in einem Zufallsverfahren zu ermitteln sind.

"Der sichere Einsatz von Pflanzenschutzmitteln muss allen ein besonderes Anliegen sein. Nur indem wir Klarheit über die Ausbringungspraxis haben, können wir die Anwendung optimieren. Ich appelliere an alle Beteiligten, das Forschungsprojekt zu unterstützen", so UBA-Präsident Troge.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-003.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-003.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/77

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt